

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Volker Beck (Köln), Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Nigeria: Aktuelle Entwicklung um Boko Haram**

Seit vielen Monaten kommt es vor allem im muslimisch geprägten Norden Nigerias im Bundesstaat Borno immer wieder zu blutigen Anschlägen der fundamental islamistischen Terrorgruppe Boko Haram mit vielen Toten und Verletzten. Die nigerianische Regierung hat seit Jahren große Schwierigkeiten, der Lage Herr zu werden. Trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen durch Polizei und Militär gelingt es Boko Haram immer wieder, Ziele wie Kirchen, Moscheen, Polizeistationen, Schulen, Märkte und am 26. August 2011 sogar das Hauptquartier der Vereinten Nationen in der Hauptstadt Abuja anzugreifen.

Erste Aktivitäten Boko Harams sind seit 2002 registriert. Allerdings hat die Zunahme der Gewalttaten (vor allem in Maiduguri, Bundesstaat Borno) erst 2009 begonnen, nachdem der damalige Anführer der Gruppe, Ustaz Mohammed Yusuf, in Polizeigewahrsam von Sicherheitskräften unter bis heute nicht vollständig geklärten Umständen getötet wurde. Seitdem erhebt Boko Haram immer wieder Vorwürfe gegen die nigerianischen Sicherheitsbehörden, diese würden Mitglieder ihrer Gruppe illegal hinrichten.

Die Gründe für den Feldzug der islamistischen Terrorgruppe sind auch – aber nicht allein – religiöse. Zwar strebt Boko Haram u. a. an, im säkularen nigerianischen Staat Elemente einer islamischen Ideologie durchzusetzen – mithin die Einführung der Scharia im ganzen Land. Inzwischen soll sie sogar fordern, dass sämtliche Christen im Norden des Landes den muslimischen Glauben annehmen müssten. Die in deutschen Medienberichten zuweilen als „Christenverfolgung“ wahrgenommenen Gewalttaten (vgl. beispielsweise Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Dezember 2011, S. 8, DER SPIEGEL vom 2. Januar 2012, S. 78, Süddeutsche Zeitung vom 24. Januar 2012, S. 4) sind aber auch terroristische Angriffe auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und deren Einrichtungen. So wurden beispielsweise muslimische Menschen und Moscheen ebenfalls gezielt zu Anschlagzielen von Boko Haram. Neben religiösen Motiven bilden zudem politische, regionale, ethnische, soziale und kulturelle Aspekte den Hintergrund für die terroristischen Gewalttaten. Boko Haram, was soviel heißt wie „Westliche Bildung ist Sünde“, sieht den westlichen Lebensstil als Wurzel der politischen Missstände im Land und bekämpft ihn vehement.

Seit Dezember 2011 hat sich die Lage insbesondere im Norden des Landes dramatisch verschlechtert. Nach Anschlägen auf christliche Kirchen an den Weihnachtsfeiertagen gibt es ständig neue Nachrichten über Bombenexplosionen, Selbstmordattentate und Drive-By-Shootings. Allein im Jahr 2011 wird Boko Haram für mindestens 510 Morde verantwortlich gemacht und auch im laufenden Jahr sind bei Anschlägen bereits mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen.

Die nigerianische Regierung setzt zur Bekämpfung der Gruppe – bisher wenig erfolgreich – weiterhin auf militärische Mittel, anstatt die Ursachen des Problems anzugehen. Bei vielen Nigerianerinnen und Nigerianern schwindet daher das Vertrauen in die Regierung um Präsident Dr. Goodluck Jonathan. Beim Besuch Dr. Goodluck Jonathans in Berlin im April 2012 sagte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel dem westafrikanischen Staat Unterstützung im Anti-Terrorkampf in Form von Experten und logistischer Hilfe zu (dpa, 19. April 2012). Die beiden Regierungschefs beschlossen außerdem verstärkte Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Energiebereich.

Die anhaltend schlechte Sicherheitslage könnte ausländische Investoren und in Nigeria tätige Unternehmen abschrecken und dazu verleiten, sich aus dem Land zurückzuziehen bzw. sich gar nicht erst dort zu engagieren. Anfang des Jahres 2012 wurde der deutsche Ingenieur R., Mitarbeiter eines deutschen Bauunternehmens, in Kano entführt. Ende Mai 2012 wurde er vermutlich bei einem Einsatz der nigerianischen Sicherheitsbehörden zur Festnahme von mutmaßlichen Terroristen tot aufgefunden.

Inzwischen soll sich Boko Haram in drei Fraktionen aufgespalten haben. Es gilt als wahrscheinlich, dass Teile über internationale Kontakte zu den Al-Schabaab-Milizen aus Somalia bzw. dem afrikanischen Flügel von Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) verfügen und von diesen bei der Ausbildung von Mitgliedern und Beschaffung von Waffen Unterstützung erhalten.

Es besteht Anlass zur Sorge, dass Nigeria in einen Bürgerkrieg abgleitet und sich die Aktivitäten Boko Harams auf die Region, insbesondere auf die nördlichen Nachbarstaaten wie Tschad und Niger ausweiten. Zudem soll die Gruppe nach neuesten Berichten auch in den Konflikt im Norden des Nachbarlandes Mali involviert sein.

Nigeria ist in der Region (ECOWAS) und auf dem afrikanischen Kontinent (Afrikanische Union) einer der zentralen Akteure für Frieden, Stabilität und Integration. Eine weitere Destabilisierung des bevölkerungsreichsten Landes Afrikas hätte daher auch aus diesem Grund erhebliche Auswirkungen weit über die Grenzen des Landes hinaus.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Umstände und den Ablauf des Einsatzes der nigerianischen Sicherheitskräfte, bei dem der deutsche Staatsbürger R. Ende Mai 2012 in Kano tot aufgefunden wurde, und darüber, wie und von wem die Geisel getötet wurde?
2. Treffen Berichte zu, dass die Bundesregierung ihr Einverständnis für einen gewaltsamen Befreiungsversuch des Entführten R. durch nigerianische Sicherheitskräfte gab (Meldung AFP, 12. Juni 2012)?
3. Hat es vor der Geiselnahme Warnungen vor Entführungen gegeben, und wie haben deutsche Stellen darauf reagiert?

4. Welche Bemühungen hatte die Bundesregierung unternommen, um nach der Geiselnahme die deutsche Geisel freizubekommen?

Gab es konkrete Forderungen der Geiselnahmer für die Freilassung?

Wenn ja, welche im Laufe der Geiselhaft, und wie hat die Bundesregierung reagiert?

5. Hatte die Bundesregierung Vermittler beauftragt?

6. Hat sich nach Einschätzung der Bundesregierung die generelle Sicherheitslage in Nigeria in den letzten sechs Monaten verschlechtert?

Wenn ja, wie reagiert die Bundesregierung darauf, besonders in Bezug auf eine Gefährdung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von deutschen Firmen, der Botschaft, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, KfW Bankengruppe) usw.?

7. Sieht die Bundesregierung die nigerianische Armutsbekämpfungsstrategie und die deutsch-nigerianische Entwicklungszusammenarbeit durch die angespannte Sicherheitslage in Nigeria in Gefahr?

- a) War die Sicherheitslage Gegenstand der letzten deutsch-nigerianischen Regierungsverhandlungen?

Wenn ja, was wurde dahingehend vereinbart?

- b) Sind der Bundesregierung Bedrohungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit oder deren Partnerorganisationen bekannt?

Wenn ja, um welche handelt es sich?

8. Welche politischen, religiösen, regionalen, ethnischen, sozialen, kulturellen oder gegebenenfalls anderen Hintergründe haben die terroristischen Gewalttaten Boko Harams nach Wissen der Bundesregierung?

9. In welche kriminellen Aktivitäten ist Boko Haram nach Wissen der Bundesregierung involviert (beispielsweise Menschenhandel, Drogenschmuggel o. Ä.)?

10. Richtet sich die von Boko Haram ausgeübte Gewalt besonders stark gegen einzelne religiöse, politische, ethnische oder soziale Gruppierungen und deren Einrichtungen?

Wenn ja, gegen welche?

Treffen Medienberichte (s. o.) zu, dass insbesondere Christinnen und Christen sowie deren Kirchen Opfer und Anschlagziele von Boko Haram werden?

11. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Verbindungen Boko Harams zu anderen international agierenden Terrororganisationen?

Wenn ja, welche (bitte auch auf mögliche lokal agierende Partnerorganisationen internationaler Netzwerke eingehen)?

12. Welche Informationen hat die Bundesregierung dazu, woher Boko Haram sein erweitertes „Know-how“, von Drive-by-shootings zu Hightechbomben (Anschlag auf das UN-Hauptquartier), bezieht?

13. Teilt die Bundesregierung die Bewertung US-amerikanischer Sicherheitsbehörden, dass von Boko Haram auch eine Gefahr für westliche Ziele außerhalb Nigerias ausgeht?

- a) Wenn ja, wie geht die Bundesregierung mit dieser Bedrohung um?

- b) Wenn nein, warum nicht?

14. Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass Boko Haram über libysche Rebellen auch an deutsche Waffen aus Muammar al-Gaddafis Beständen gelangt ist?  
Wenn nein, woher stammt die Bewaffnung Boko Harams nach Kenntnis der Bundesregierung?
15. Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass die nigerianische Polizei bzw. das Militär Mitglieder der Gruppe Boko Harams illegal hingerichtet hat oder andere Menschenrechtsverbrechen begangen hat?
16. Welche Unterstützung hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Besuch des nigerianischen Präsidenten Dr. Goodluck Jonathan zur Bekämpfung Boko Harams konkret zugesagt?  
Handelt es sich auch um personelle Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe?  
Welchen Umfang hat die Hilfe konkret und finanziell?
17. Sieht die Bundesregierung die derzeitige nigerianische Regierung unter Präsident Dr. Goodluck Jonathan in der Lage, Boko Haram kurz- und langfristig Einhalt zu gebieten?  
Wie beurteilt die Bundesregierung angebliche Versicherungen des Präsidenten, Boko Haram werde bis Ende Juni 2012 besiegt sein – insbesondere angesichts der Anschläge der letzten Tage?
18. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, woher Boko Haram seine (finanziellen) Mittel bezieht?  
Wie schätzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den generellen Rückhalt für die Gruppe und ihre Taten in der nordnigerianischen Bevölkerung ein?
19. Wie reagiert die Bundesregierung auf die Gefahr der Instabilität der gesamten Region aufgrund der Situation in Nigeria und verstärkt durch die Entwicklungen in Libyen und Mali?
20. Welche Verbindungen unterhält Boko Haram nach Wissen der Bundesregierung zu Rebellen Gruppen im Norden Malis, zu den Tuareg der MNLA (Mouvement National pour la Libération de l'Azawad) bzw. zu den islamistischen Ansar Dine?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung die fortschreitende Destabilisierung Nigerias im Hinblick auf Frieden und Stabilität in der Region und auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt? Sieht die Bundesregierung in Nigeria einen Fall für Maßnahmen der Prävention im Rahmen ihrer und Europas Schutzverantwortung (Responsibility to protect)?
22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Aktivitäten Boko Harams außerhalb Nigerias, insbesondere im Norden Malis?
23. Welche Verbindungen unterhält Boko Haram nach Wissen der Bundesregierung zu Regierungen oder staatlichen Institutionen anderer Länder der Region?
24. Plant die Bundesregierung die Entwicklung eines strategischen ressortübergreifenden Konzeptes für den Umgang mit den Problemen in der Region bzw. für die Region?
25. Wie soll die beim Besuch von Präsident Dr. Goodluck Jonathan in Berlin im April 2012 auch zugesagte verstärkte Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und Nigeria in den Bereichen Wirtschaft und Energie konkret aussehen?

26. Welche Möglichkeiten der gerechteren Verteilung des Reichtums, der Bekämpfung der Korruption und der Entwicklung des Landes, gerade im Norden, wurden bei diesem Treffen erörtert?

Welche Unterstützung zur Erreichung dieser Ziele können die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union leisten, und gibt es Pläne für die Realisierung solcher Maßnahmen?

27. In welcher Form und Höhe bestehen Lieferbindungen in der deutsch-nigerianischen Entwicklungszusammenarbeit?
28. In welcher Form fördert die Bundesregierung deutsche Unternehmen für ein Engagement in Nigeria, und mit welchen Problemen ist sie in diesem Zusammenhang konfrontiert?

Berlin, den 2. Juli 2012

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**





